

# Teuerungsaktion für die Staatsangestellten.

Staatsangestelltenausschuß.

Im Staatsangestelltenausschuß stellte gestern Abg. Waber einen Antrag, durch welchen die Regierung aufgefordert wird, die Teuerungszulagen der Staatsangestellten auf 100 Prozent der Friedensbezüge zu erhöhen (entsprechend der Regierungsaktion in Ungarn), den Staatsangestellten Zulagen für die Beschaffung von Bekleidung und Beschuhung zu gewähren, die Härten bei der Quertennung der Teuerungszulagen zu beseitigen und wirtschaftliche Maßnahmen zur Linderung der Not der Staatsangestellten entsprechend den Beschlüssen des Staatsangestelltenausschusses zu ergreifen.

Abg. Forstner beantragt eine Resolution betreffend die Aufhebung des Heiratsverbotes für Kanzlei- und Postoffiziantinnen, Einreihung der Mechaniker, Post- und Kanzleioffizianten in den Stand der Staatsbeamten, der ständigen Aushilfsdiener in den Status der Staatsdiener, Erhöhung der Mindestpensionen der Dienerwitwen von 400 Kronen auf 600 Kronen, Abschaffung der Abzüge von Mindestpensionen, Beteiligung der Staatsdiener und Substitutionskräfte mit Schuhen und Kleidern, Versicherung sämtlicher Staatsdiener gegen Unfall und Krankheit, Gewährung von Teuerungszulagen an Pensionisten und in den Klassenpostämtern 3. und 4. Klasse beschäftigte Personen.

Abg. Dr. Kannihar beantragt eine Resolution betr. die Anerkennung der Teuerungszulagen an Staatsbedienstete, welche Unfallrente beziehen, ferner betr. die Gewährung der Teuerungszulage an solche Staatsbedienstete, die als Richtgagisten Militärdienst leisten und deren Zivilbezüge eingestellt wurden.

Abg. Zenker beantragt eine Resolution, in welcher die Regierung aufgefordert wird, ohne Verzug und mit aller Entschiedenheit an dem Abbau der Preise und als wichtigste Voraussetzung dazu an die Regelung der Valuta zu arbeiten, ferner die Beteiligung der Staatsbediensteten und ihrer Familien mit Kleidern und Schuhen in gleicher Weise vorzunehmen, wie dies seitens der Armeeverwaltung bezüglich der Militärpersonen der Fall ist.

Fektionschef Dr. Ritter v. Galazzi, der wiederholt in die Debatte eingriff, gab eine ausführliche Darstellung jener Maßnahmen, welche bisher zur Subventionierung der

Lage der Staatsangestellten getroffen wurden, und wies darauf hin, daß der jährliche Aufwand für diese Zuwendungen mehr als eine halbe Milliarde Kronen erreiche. Schließlich erklärte der Regierungsvortreter, daß die Regierung ihre Aktion zur Behebung der Kostlage der Staatsbediensteten zu ergänzen beabsichtige.

An der Debatte beteiligten sich weiters die Abgeordneten Erb, Glöckel, Müller Rudolf und Doktor von Hofmann.

Auf Antrag des Abg. Dr. v. Hofmann wird beschlossen, die eingebrachten Anträge dem Subkomitee zuzumessen;

auf Antrag des Abg. Heine, das Subkomitee zu beauftragen, sich auch mit der Erhöhung der Teuerungszulage für die Staatspensionisten zu befassen.